

ENTWICKLUNGSPOLITIK ZWISCHEN HILFE UND HILFSBUSINESS

ALEX FEUERHERDT – AKTION 3. WELT SAAR, MERZIG, 15. JANUAR 2013

Einleitung

Es gibt auf dieser Welt eine große Zahl von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), doch nirgendwo ist ihre Dichte so hoch wie in den palästinensischen Gebieten. Über tausend sind es alleine im Westjordanland, mehr als hundert im Gazastreifen. Nun könnte man vermuten, dass diese erkleckliche Menge etwas damit zu tun hat, dass die so genannte internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen viel zu wenig für die Palästinenser tun. Doch damit ginge man gründlich fehl, denn pro Kopf empfängt niemand auf dieser Welt mehr ausländische Finanzhilfen als die Palästinenser. Und die Uno hat ihnen sogar ein eigenes Flüchtlingshilfswerk eingerichtet, nämlich die *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*, kurz: UNRWA, während alle anderen Flüchtlinge auf dieser Welt in den Beritt des UNHCR fallen. Die UNRWA ist übrigens auch der größte Arbeitgeber in den palästinensischen Autonomiegebieten.

Aber was zieht dann so viele NGOs vor allem in die Westbank? Abenteuerlust und Partyfeeling, glaubte *Spiegel Online* vor ziemlich genau einem Jahr. Ein „Heer junger Kurzzeithelfer“ ziehe nachts feiernd umher und genieße ein Leben, das den meisten Palästinensern verwehrt bleibe, hieß es in dem Artikel. Die Projektmanagerin einer medizinischen amerikanischen NGO wird mit den Worten zitiert: „Palästina ist das bestgehütete Geheimnis in der Hilfsindustrie. [...] Es klingt cool und gefährlich, weil es als Kriegsgebiet bezeichnet werden kann, aber tatsächlich ist es ziemlich sicher und hat all den Komfort, den Internationale wollen.“

Mag sein, dass das einen Teil der Motivation von NGO-Mitarbeitern ausmacht. Aber ihrer Arbeit müssen die Organisationen tagsüber ja auch noch nachgehen, also ist es wohl ratsamer, sich an das zu halten, was sich politisch beurteilen lässt. Und da möchte ich Ihnen an zwei Beispielen zeigen, wie nicht ganz unbedeutende NGOs zum so genannten Nahostkonflikt arbeiten und wie sie auf das politische Geschehen einwirken. Das eine Beispiel betrifft den so genannten Goldstone-Bericht vom Herbst 2009, das andere eine Expertise zur Wasserproblematik vom Winter 2010.

Der Goldstone-Bericht

Lassen Sie mich mit dem Goldstone-Bericht beginnen, der sich mit dem Krieg zwischen Israel und der Hamas Ende 2008, Anfang 2009 beschäftigt. Vorgelegt hat ihn im September 2009 eine Kommission, die vom so genannten Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingesetzt worden war. Dieser Menschenrechtsrat – in dem die islamischen Staaten und andere Autokratien die Mehrheit stellen – hat beispielsweise die „Durban II“ genannte, heftig umstrittene „Antirassismuskonferenz“ in Genf vom April 2009 ausgerichtet, auf der unter anderem der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad als Redner auftrat. Die USA und viele EU-Staaten hatten sich deshalb – teilweise in buchstäblich letzter Minute – zu einem Boykott der Veranstaltung entschlossen.

Der UN-Menschenrechtsrat kennt vor allem ein Thema, und das heißt: Israel. Mit keinem Staat beschäftigt sich dieses Gremium häufiger, kein Land verurteilt es öfter. Insofern sind die Inhalte des Goldstone-Berichts – benannt nach dem Kommissionsvorsitzenden Richard Goldstone, der südafrikanischer Jurist ist und Chefankläger des Uno-Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda war –, insofern also sind die Inhalte des Goldstone-Berichts keine große Überraschung: Den Raketenterror der Hamas streift er lediglich am Rande; ansonsten ist er eine 575 Seiten umfassende Anklageschrift gegen den jüdischen Staat, dem nicht weniger vorgeworfen wird als „Kriegsverbrechen“ und „Verbrechen gegen die Menschheit“.

Zu erheblichen Teilen besteht dieses Konvolut dabei aus Zitaten, die ohne weitere Prüfung per „Copy & Paste“ aus Stellungnahmen, Publikationen und „Zeugenaussagen“ von NGOs übernommen wurden. Über 500 solcher Zitate sind in der Abhandlung zu finden. Zu den am häufigsten verwendeten Quellen gehören das *Palestinian Center for Human Rights*, *Al-Haq*, *Human Rights Watch* und *Breaking the Silence*. Diese und zahlreiche weitere im Bericht zustimmend zitierte Organisationen üben allenfalls ausnahmsweise eine zurückhaltende, taktisch motivierte Kritik an der Hamas und anderen palästinensischen Terrorgruppen. Ansonsten konzentrieren sie sich in ihrem Wirken ganz auf Israel und seine angeblichen Verstöße gegen das Menschen- und das Völkerrecht.

So wird im Goldstone-Bericht beispielsweise unter Berufung auf das *Palestinian Center for Human Rights* behauptet, weniger als 17 Prozent der während der *Operation Cast Lead* von der israelischen Luftwaffe getöteten Palästinenser seien Kombattanten gewesen. Diese geringe Zahl verwundert allerdings nicht, wenn man bedenkt, dass die Goldstone-

Kommission sogar die im Gazastreifen tätigen Polizisten zu den Zivilisten rechnet, obwohl über 90 Prozent von ihnen zum militärischen Arm der Hamas gehören. Auch wird die Hamas in der Untersuchung rundweg vom Vorwurf freigesprochen, Zivilisten als „menschliche Schutzschilde“ missbraucht zu haben. Und die Verkleidung ihrer Bewaffneten als Zivilisten sei ohnehin von internationalem Recht gedeckt gewesen – wovon allerdings keine Rede sein kann, wenn man die Genfer Konventionen und die Haager Landkriegsordnung zugrunde legt. Für die illegale Lagerung von Waffen und Munition der Hamas in Moscheen wiederum wollen Goldstone und seine Kommissionskollegen keinerlei Belege gefunden haben, was einigermaßen erstaunlich ist, wenn man bedenkt, dass nicht einmal die Hamas bestritten hat, auch in Gottes- und Krankenhäusern Depots angelegt zu haben.

Es ist sehr aufschlussreich, welche Quellen die Goldstone-Kommission für glaubhaft hielt und welche nicht: Aussagen von „Zeugen“ und „Experten“, die sich bei näherem Hinsehen als Aktivisten antiisraelischer Organisationen entpuppen, werden ohne weitere Nachforschung als vertrauenswürdig präsentiert, während Analysen und Stellungnahmen von Institutionen, die der Hamas ablehnend gegenüberstehen, entweder unterschlagen oder seitenlang niedergemacht werden. Mit der „Akkuratesse, Objektivität, Transparenz und Glaubwürdigkeit“, denen die „Fact Finding Missions“ der Uno höchst offiziell verpflichtet sind, haben es Goldstone und seine Leute also augenscheinlich nicht so genau genommen.

Doch das wird erklärlich, wenn man weiß, dass einige Mitglieder der Kommission selbst jahrelang in NGOs oder deren Umfeld aktiv waren, die Israel wenig wohlgesonnen sind, um es zurückhaltend zu formulieren. Richard Goldstone selbst beispielsweise gehörte *Human Rights Watch* in führender Position an – einer Organisation, die in die Kritik geriet, weil sie in Saudi-Arabien Spenden für ihren „Kampf“ gegen „pro-israelische Interessengruppen“ akquiriert hatte. Erst nach seiner Ernennung zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission verließ Goldstone die Organisation. Gemeinsam mit den späteren Kommissionsmitgliedern Hina Jilani und Desmond Travers hatte er zuvor einen von *Amnesty International* initiierten offenen Brief an den UN-Generalsekretär Ban Ki-moon unterzeichnet, in dem das israelische Vorgehen als „Angriff auf die Zivilbevölkerung in Gaza“ verurteilt wurde. Der Goldstone-Kommission gehörte auch Christine Chinkin an, eine frühere Beraterin von *Amnesty International*, das in Bezug auf den Nahostkonflikt zumeist auf einer Linie mit NGOs wie *Human Rights Watch* und dem *Palestinian Center for Human Rights* liegt. Chinkin war zudem Unterzeichnerin eines Protestschreibens vom Januar 2009

mit dem Titel „Israels Bombardierung von Gaza ist keine Selbstverteidigung, sondern ein Kriegsverbrechen“. Diese Damen und Herren hatten ihr Urteil also bereits gefällt, *bevor* sie im Auftrag der Uno das Kriegsgeschehen untersuchten.

Vor diesen Hintergründen lässt sich also ohne Übertreibung feststellen, dass der Goldstone-Bericht zu nicht geringen Teilen das Werk von antiisraelischen NGOs ist, die frühere Aktivisten und Sympathisanten teilweise an entscheidenden Stellen bei den Vereinten Nationen untergebracht haben. Finanziert werden diese nichtstaatlichen Organisationen maßgeblich aus Töpfen europäischer Regierungen und der Europäischen Union: Das *Palestinian Center for Human Rights* etwa bezieht seine Gelder aus Schweden, Dänemark, Norwegen, den Niederlanden, der Schweiz und von der EU; auch die palästinensische NGO *Al-Haq* erhält Zuwendungen von diesen Staaten und außerdem von der irischen Regierung. Die Finanzspritzen belaufen sich dabei nicht selten auf mehrere zehntausend Euro.

Richard Goldstone selbst distanzierte sich übrigens im April 2011 von seinem eigenen Urteil. „Wenn ich gewusst hätte, was ich heute weiß, wäre der Goldstone-Bericht ein anderes Dokument geworden“, schrieb er in einem Beitrag für die *Washington Post*. Neuere Untersuchungen, die auch von einer nachfolgenden UN-Kommission bestätigt worden seien, ließen erkennen, so Goldstone, „dass Zivilisten nicht absichtlich zum Ziel“ israelischer Angriffe gemacht worden seien.

***Amnesty* und die „Troubled Waters“**

Und damit zum angekündigten zweiten Beispiel für die Arbeit von NGOs zum so genannten Nahostkonflikt. Es geht dabei um *Amnesty International*, die vielleicht bekannteste NGO, die mit über 2,2 Millionen Mitgliedern und Unterstützern in mehr als 150 Staaten auf jeden Fall zu den größten zählt.

Ende 2010 hat *Amnesty* den 112 Seiten umfassenden Bericht „Troubled Waters – den Palästinensern wird ein gerechter Zugang zum Wasser verweigert“ veröffentlicht. Die Wasserversorgung im Nahen Osten ist ja ein sehr wichtiges Thema, und wenn man *Amnesty* folgt, ist die Lage in den palästinensischen Gebieten dramatisch. In der Broschüre heißt es: „Der tägliche Frischwasserkonsum der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser liegt bei rund 70 Litern pro Kopf – und damit deutlich unter der Menge von 100 Litern, die von der

Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen wird.“ Demgegenüber verbrauche ein Israeli täglich im Schnitt über 300 Liter Wasser, also mehr als das Vierfache.

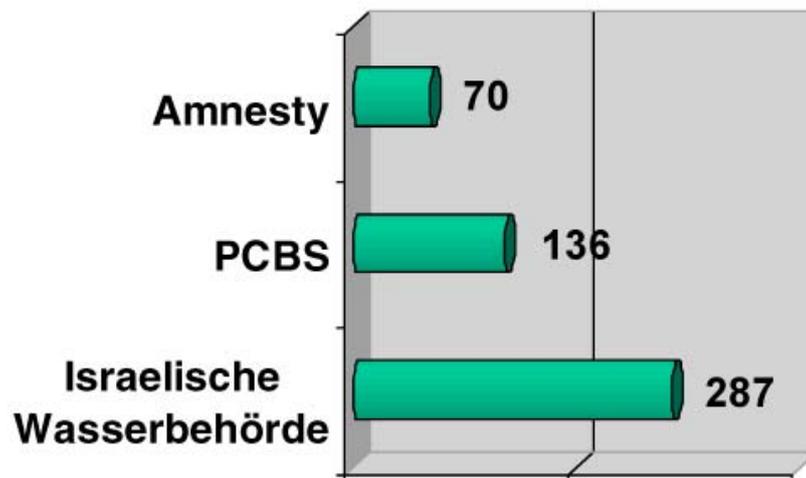
Der Grund für diese erhebliche Differenz liege in der „diskriminierenden israelischen Politik“, die sowohl gegen verschiedene israelisch-palästinensische Abkommen als auch gegen internationales Recht verstoße: Der Zugang der Palästinenser zu den Wasserressourcen, behauptet *Amnesty*, werde massiv eingeschränkt und behindert, unter anderem dadurch, dass Israel über 80 Prozent der einzigen palästinensischen Bezugsquelle in der Westbank für sich beanspruche, fortwährend Wasserspeicher und Bewässerungssysteme in palästinensischen Dörfern zerstöre und das Westjordanland als Müllkippe und Jauchegrube missbrauche, wodurch das Grundwasser verschmutzt werde.

Offen bleibt dabei zunächst einmal, woher *Amnesty* überhaupt die Verbrauchszahlen hat – eine Quelle für sie wird im Bericht nämlich nicht genannt. Andere Statistiken kommen zu wesentlich weniger alarmierenden Ergebnissen, beispielsweise eine Erhebung des in Ramallah ansässigen *Palestinian Central Bureau of Statistics* (PCBS). Demnach verbrauchte im Jahr 2007 jeder Bewohner in den palästinensischen Gebieten durchschnittlich rund 136 Liter Wasser pro Tag – also fast doppelt so viel wie von *Amnesty* angegeben und immer noch deutlich mehr als die von der WHO empfohlene Mindestmenge von 100 Litern. Gar 287 Liter pro Kopf und Tag hat die staatliche israelische Wasserbehörde errechnet.¹ Zum Vergleich: Jeder Bundesbürger verbraucht pro Tag im Schnitt 127 Liter Wasser, jeder Österreicher 162 Liter und jeder Amerikaner 295 Liter.

Grundlage für die Wasserpolitik von Israelis und Palästinensern sind übrigens die beiden Oslo-Abkommen, Oslo I und Oslo II. Oslo II enthielt dabei eine Vereinbarung zur Wasserfrage, die zur Gründung einer gemeinsamen Wasserkommission, nämlich des israelisch-palästinensischen *Joint Water Committee* (JWC), führte. Diesem JWC gehören Vertreter beider Wasserbehörden an; es verfügt in Bezug auf die Wasserproblematik also zweifelsfrei über eine Legitimation. Das JWC ist mit der Einhaltung und Umsetzung der Absprachen befasst; eine seiner Aufgaben besteht darin, die Wasserversorgung in der Westbank und dem Gazastreifen stetig zu verbessern. Dabei obliegt der Palästinensischen

¹ Die starke Abweichung erklärt sich zum einen dadurch, dass das PCBS den Gazastreifen in seine Berechnung einbezogen hat, während bei der Wasserbehörde nur die Zahlen für die Westbank eingeflossen sind. Zum anderen legen beide zwar annähernd die gleiche Gesamtverbrauchsmenge, jedoch unterschiedliche Einwohnerzahlen im Westjordanland zugrunde: Während dem PCBS zufolge etwa 2,3 Millionen Menschen dort leben – eine Zahl, die *Amnesty* übernommen hat –, geht die Wasserbehörde nur von 1,8 Millionen aus, dem Mittelwert zwischen den Angaben des PCBS und denen der American-Israeli Demographic Research Group, die sich strikt an überprüfbare Daten wie Melde- und Geburtsziffern hält und lediglich auf 1,4 Millionen Westbankbewohner kommt.

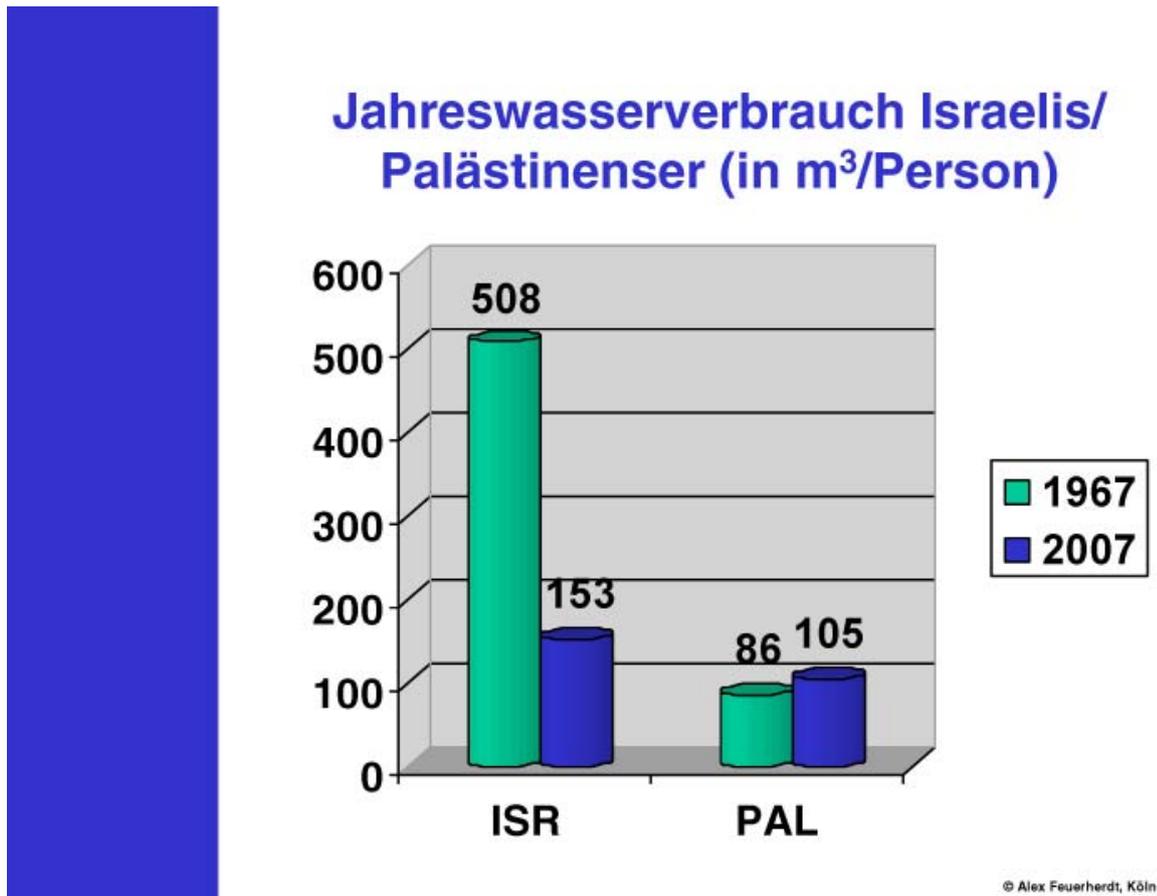
Palästinensischer Wasserverbrauch (in Liter je Person und Tag)



© Alex Feuerherdt, Köln

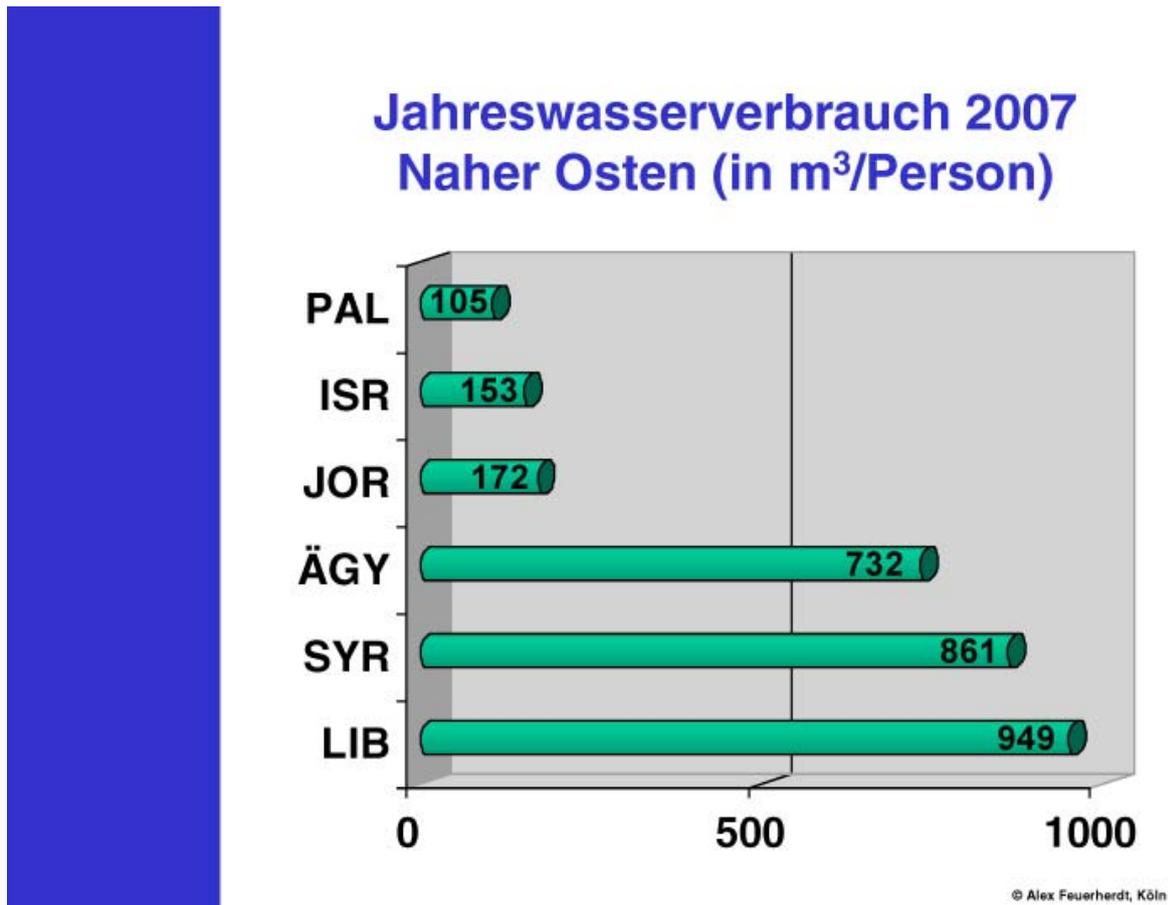
Autonomiebehörde (PA) die Zuständigkeit für die Ressourcen und die Abwasserbehandlung in den palästinensischen Gebieten; Israel wiederum ist verpflichtet, zusätzliche Wassermengen an die Palästinenser zu liefern.

Und tatsächlich ist deren Wasserverbrauch erheblich gestiegen, einerseits durch infrastrukturelle Maßnahmen wie die Verlegung von Wasserleitungen und den Bau zahlreicher Brunnen, andererseits infolge israelischer Wasserlieferungen, deren Menge stets deutlich über der vereinbarten lag, im Jahr 2009 sogar um 40 Prozent. Zwar verbrauchen die Israelis pro Kopf immer noch mehr Wasser als die Palästinenser; die Differenz hat sich im Laufe der Zeit jedoch stark verringert. Besonders deutlich wird das, wenn man den Vergleichszeitraum ausdehnt:



Den Angaben der israelischen Wasserbehörde zufolge beanspruchte 1967 jeder Israeli 508 Kubikmeter Wasser im Jahr, während es bei den Palästinensern im Westjordanland nur 86 Kubikmeter pro Kopf waren. 2007 lag der Jahresverbrauch auf israelischer Seite – unter anderem bedingt durch Wasserknappheit, Sparmaßnahmen und ein geändertes Konsumverhalten – bei nur noch 153 Kubikmetern je Einwohner, während er in der Westbank auf 105 Kubikmeter gewachsen war. Zum Vergleich: Im selben Jahr verbrauchte ein Jordanier 172, ein Ägypter 732, ein Syrer 861 und ein Libanese sogar 949 Kubikmeter Frischwasser. Dass die Israelis die größten Wasserverschwender in der Region wären, lässt sich also nicht behaupten, und nach einer amerikanischen Studie aus dem Jahr 2006 ist die Wasserversorgung in der Westbank sogar besser als in Großstädten wie Amman, Tunis und Algier.

Angesichts dieser Zahlen hat das israelische Außenministerium den Bericht von *Amnesty International* scharf kritisiert und der Palästinensischen Autonomiebehörde vorgeworfen, erheblich gegen ihre Verpflichtungen gemäß dem Wasserabkommen zu verstoßen. Nach einem Bericht der am *Joint Water Committee* beteiligten israelischen Wasserbehörde vom März 2009 betreffen diese Verstöße zum einen das Bohren von Brunnen, die nicht genehmigt



wurden. Im Westjordanland sind demnach rund 250 dieser Reservoirs eigenmächtig ausgehoben worden, im Gazastreifen nach dem Abzug der israelischen Armee im Jahr 2005 sogar über 3.000. Darüber hinaus werden immer wieder Wasserpipelines angezapft. Dadurch gerät das gesamte Wassernetz durcheinander; zudem ist der Wasserverlust infolge dieser illegalen Baumaßnahmen und Abzweigungen enorm. Er liegt in der Westbank bei etwa 33 Prozent, gegenüber einem durchschnittlichen Verlust in Israel von elf Prozent.

Zum anderen ist die Abwasserbehandlung in den palästinensischen Gebieten noch immer unzureichend. Denn das verbrauchte Wasser wird zu zwei Dritteln ohne weitere Behandlung in die Bäche und Flüsse geleitet, sickert ins Grundwasser ein und sorgt so für eine erhebliche Umweltverschmutzung. Weil das Abwasser nicht geklärt wird, fehlt außerdem die Möglichkeit, es zur Bewässerung in der Landwirtschaft einzusetzen, wie Israel es tut. Stattdessen wird Frischwasser verwendet, was dazu führt, dass den privaten Haushalten etliche Millionen Kubikmeter nicht zur Verfügung stehen.

Amnesty geht über all dies jedoch hinweg und wirft Israel stattdessen vor, über 80 Prozent der einzigen palästinensischen Wasserbezugsquelle im Westjordanland für sich zu beanspruchen.

Gemeint ist damit der so genannte Gebirgs-Aquifer, ein natürlicher Grundwasserträger bzw. Grundwasserleiter, der sich über die gesamte Westbank erstreckt und von Regenfällen gespeist wird. Das eingesickerte Wasser bahnt sich seinen Weg durch die Erde und fließt schließlich zu verschiedenen Quellen, die sich zu einem nicht geringen Teil im israelischen Kernland befinden und deren Wasser in großen Speichern aufgefangen wird. Hierin liegt auch ein wesentlicher Teil des Streits begründet. Denn während die PA – und mit ihr *Amnesty International* – darauf besteht, dass der über dem Westjordanland niedergehende und dort in den Boden sickende Regen größtenteils den Palästinensern zusteht, argumentiert die israelische Wasserbehörde damit, dass sich die Quellen überwiegend in Gebieten befinden, die bereits vor 1967 zu Israel gehörten und schon damals genutzt wurden. Um zwischen diesen beiden Sichtweisen einen Kompromiss zu finden, regelten Oslo II und anschließend das *Joint Water Committee* die Verteilung dieser Wasservorräte, die auch für Israel existenziell wichtig sind.² Während der jüdische Staat sich diesem Kompromiss weiterhin verpflichtet fühlt und sein Liefersoll gegenüber den Palästinensern sogar übererfüllt, hält die PA die Vereinbarungen zunehmend für unzureichend und behilft sich mit den erwähnten absprachewidrigen Maßnahmen.

Das findet *Amnesty* jedoch nicht im Geringsten kritikwürdig, wie „Troubled Waters“ überhaupt eine einseitige Schuldzuweisung an Israel ist und an wesentlichen Stellen teilweise mit falschen Zahlen rechnet. Die Menschenrechtsorganisation hat sich in hohem Maße auf palästinensische Angaben und Aussagen gestützt, ohne sie zu überprüfen. Nicht minder befremdlich ist die Behauptung, Israel benutze die Westbank als Jauchegrube und Müllhalde. Schließlich sind es die palästinensischen Behörden, die sich trotz ihrer vertraglichen Verpflichtungen und internationaler Zuschüsse weigern, eine funktionierende Abwasserentsorgung und Abwasseraufbereitung zu organisieren. Und auch ansonsten ist „Troubled Waters“ ein durch und durch ideologisches Traktat, mit dem Israel regelrecht dämonisiert wird.

Fazit

Das waren zwei Beispiele für die Arbeit von alles andere als unbedeutenden NGOs im Nahen Osten respektive zum Thema Naher Osten. Im einen Fall haben sie maßgeblich dafür gesorgt,

² Israel bezieht sein Wasser außerdem vor allem aus dem See Genezareth und dem Aquifer entlang der Meeresküste.

dass Israel von einem Uno-Gremium scharf verurteilt wurde, während die Hamas und andere Terrorgruppen, die sich die Auslöschung des jüdischen Staates auf die Fahnen geschrieben haben, nahezu ungeschoren davorkamen. Im anderen Fall wurde Israel mithilfe falscher Zahlen und unwahrer Behauptungen beschuldigt, die Palästinenser an den Rand des Verdurstens zu bringen. Dass all dies nicht gerade Beiträge zum Frieden im Nahen Osten sind, liegt wohl auf der Hand.

Aber vielleicht ist NGOs wie *Human Rights Watch*, *Amnesty International* und dem *Palestinian Center for Human Rights* auch gar nicht wirklich an einer Beilegung des Nahostkonflikts gelegen, sondern im Gegenteil an dessen Perpetuierung. Denn immerhin sichert er – so schrecklich das klingen mag – in vielerlei Hinsicht ihre Existenz und ihre Pfründen. Hinzu kommt oft eine mehr als fragwürdige ideologische Motivation. Und damit sind sie recht eindeutig ein Teil des Problems – und nicht der Lösung.